

16. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Dezember 1949.

37 J

Anfrage

der Abg. Neuwirth, Dr. Riemann, Humer und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe wegen ungerechter Kündigungen und Entlassungen aus politischen Gründen in verstaatlichten Betrieben, bzw. Grossbaustellen von Kraftwerk anlagen.

- - - -

In letzter Zeit mehren sich leider die Fälle, dass in verstaatlichten Betrieben, bzw. auf den Grossbaustellen von Kraftwerk anlagen Kündigungen und Entlassungen von Dienstnehmern nur deshalb erfolgen, weil diese bei den Betriebsratswahlen als VdU-Kandidaten aufgetreten sind oder sich als VdU-Anhänger deklarierten. Nicht selten kommt es auch vor, dass dieser Personenkreis sogar einem offenen Terror ausgesetzt ist.

Wir sind der Meinung, dass in jenen verstaatlichten Betrieben, wo alljährlich aus saisonbedingten Gründen Entlassungen notwendig werden, der Abbau nur unter Berücksichtigung

1. der Arbeitsleistung, 2. der sozialen Verhältnisse der Arbeitnehmer und 3. nach den innerbetrieblichen Notwendigkeiten im Zuge der Arbeitseinstellung Platz greifen dürfte.

Bei der Grossbaustelle in Kaprun konnte festgestellt werden, dass von betriebsfremder Seite mit äusserstem Nachdruck die Entlassungen von VdU-Betriebsratkandidaten verlangt wurde. Die Firmenleitung sah sich ausserstande, dem eindeutigen politischen Druck auf unverzügliche Durchführung der Entlassungen Widerstand zu leisten.

Wir richten daher an den Herrn Bundesminister die

Anfragen:

1.) Ist es richtig, dass von dem Sozialreferenten Lux im Bundesministerium für Energie und Elektrizitätswirtschaft eine Entlassungsliste für die Grossbaustelle Kaprun eingereicht und vorerst von Herrn Minister Migsch, später von Herrn Bundesminister Ing. Waldbrunner bearbeitet wurde?

2.) Ist es richtig, dass ein leitender Direktor der Arge-Kraftwerke Kaprun zweimal zur Berichterstattung in das Ministerium berufen wurde, wobei das Befremden über die Verzögerung der geforderten Entlassungen zum Ausdruck gebracht wurde?

17, Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz, 15. Dezember 1949,

3.) Ist es richtig, dass der Arge-Kraftwerk Kaprun bedeutet würde, dass sie bei Nichtdurchführung der geforderten Entlassungen mit weiteren Startaufträgen nicht mehr rechnen könnte?

Wir stellen an den Herrn Bundesminister für Verkehr und erstaatlichte Betriebe weiters die Anfragen:

1.) Wie gedenkt der Herr Bundesminister die mit seinem Wissen erfolgten Entlassungen aus politischen Gründen zu rechtfertigen?

2.) Was gedenkt der Herr Bundesminister zu tun, um dem in den verstaatlichten Betrieben offen zum Ausdruck kommenden Betriebsterror gegenüber den VdU-Anhängern Einhalt zu gebieten?

3.) Gedenkt der Herr Bundesminister eine Untersuchung und eventuell eine Entfernung der Schuldigen an den unerhörten Übergriffen zu veranlassen?

-.-.-.-.